



Elektronische Gesundheitskarte

Schlüssel zum gläsernen Patienten

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte verzögert sich seit Jahren. Nun soll sie endlich kommen – doch Ärzte und Zahnärzte warnen vor Risiken und Nebenwirkungen.

Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) sollte ursprünglich bereits vor fünf Jahren eingeführt werden. Doch das riesige Datensammelprojekt scheiterte bisher an ungelösten Problemen. Die Bundesregierung versucht es nun mit Zwang: Per Gesetz wurden alle Krankenkassen verpflichtet, bis Ende dieses Jahres mindestens zehn Prozent ihrer Versicherten mit der eGK auszustatten.

Die Zahnärzte haben schon immer betont, dass sie die elektronische Gesundheitskarte nicht brauchen, da sie für ihre Patienten keinerlei Verbesserungen bringt. Mit der eGK sind Risiken und Nebenwirkungen verbunden, deren Folgen sich nur schwer abschätzen lassen. Und den Zahnärzten genügen die Angaben auf der herkömmlichen Krankenversicherungskarte (KVK) völlig. Dass die eGK mit einem Foto des Versicherten versehen sein soll, ist verständlich – angesichts des Missbrauchs, der mit der

bisherigen KVK betrieben werden kann. Die schon jetzt auf der KVK gespeicherten Daten – wie Name, Adresse, Versicherungsnummer – wird auch die eGK enthalten.

Beunruhigen muss aber die Tatsache, dass alle übrigen Daten, die zukünftig mittels eGK erfasst werden sollen, nicht etwa in den jeweiligen Praxen, sondern per Internet-Anbindung zentral auf Computern gespeichert werden sollen. An dieses gigantische Netzwerk sind dann Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Apotheken, Krankenhäuser, Sanitätshäuser und die Krankenkassen angeschlossen. Und alle – das sind über zwei Millionen Menschen – haben Zugriff auf Ihre Krankheitsdaten. Ganz zu schweigen von der Gefahr, die durch Computer-Hacker ausgeht, die unbefugt in dieses Netz eindringen könnten.

Zweifelhafter Nutzen

Interessierte könnten dann nachschauen, ob Sie seelische Krisen, schlechte Zähne oder Erbkrankheiten haben. Dass Lebensversicherungen, Pharma-Firmen oder auch Kreditgeber von solchen Angaben sehr gerne erfahren würden, versteht sich von selbst.

Noch gehört das Speichern dieser Daten zu den freiwilligen Funktionen, über die der Versicherte selbst entscheidet. Aber diese Freiwilligkeit lässt zugleich am Nutzen der neuen Karte zweifeln, denn wenn die

Medikationsliste, die Patientenakten oder Notfalldaten unvollständig sind, ist damit trotz des Milliardenaufwands niemandem geholfen. Fraglich ist auch, ob ein Arzt im Notfall die Zeit hat, erst einmal die Daten der Karte auszulesen – oder ob sich ein Notarzt auf die Angaben der Gesundheitskarte verlassen kann, wenn der Versicherte selbst die Möglichkeit hat, Daten zu löschen.

Vor allem Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten haben über all die Jahre immer wieder lautstark ihre Bedenken gegen die eGK geäußert. Zwischendurch gab es Pilotversuche, bei denen beispielsweise festgestellt wurde, dass sich insbesondere ältere Patienten die achtstellige PIN, mit der sie ihren Behandlern den Zugang zur eGK eröffnen sollten, nicht merken konnten.

Bis Ende 2011 müssen sieben Millionen Karten produziert und verteilt werden. Dabei ist es mit der Verteilung der eGK noch längst nicht getan. Denn es müssen neue Lesegeräte angeschafft, muss neue Praxissoftware aufgespielt und beherrscht werden. Und für die Übermittlung der Daten an den zentralen Speicher muss eine leistungsfähige Verbindung zum Internet vorhanden sein, die in Deutschland derzeit gar nicht überall möglich ist. So wird die bundesweite Einführung der eGK wohl eine unendliche Geschichte bleiben. Aus Sicht der Zahnärzte ist Eile nicht angesagt, den Patienten bringt die neue Karte keinen Vorteil.

Jörg Pompetzki